



SPD-Antrag für Hitzeaktionsplan ist vor allem teuer

Die SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat in einem Antrag einen Hitzeaktionsplan gefordert, der bei hohen Temperaturen das öffentliche Leben einschränken sowie die kostenlose Abgabe von Sonnencreme und Wasser vorsehen soll. Diese und andere Maßnahmen würden den Hitzeschutz in Schleswig-Holstein vor allem teuer machen.

Durch den Klimawandel steigen die Durchschnittstemperaturen messbar an. Hitzewellen sind für vorgeschädigte und alte Personen ein Gesundheitsrisiko. Jedes Jahr gibt es auch in Deutschland registrierte Hitzetote. Darum haben die Europäische Union und die Bundesregierung Hitzeschutzpläne mit Empfehlungen für Bürger, Kommunen und Betreiber wichtiger Einrichtungen vorbereitet. Doch dass Schleswig-Holstein mit seiner Lage zwischen den Meeren im europäischen und deutschen Vergleich hier besonders betroffen sein sollte, ist doch eher unwahrscheinlich. Die Tage, an denen sich die Schüler über „Hitzefrei“ freuen können, sind zumindest überschaubar.

Anders sieht es offenbar die SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Sie fordert einen Hitzeaktionsplan. Danach soll bei Temperaturen ab 35 Grad das öffentliche Leben eingeschränkt werden, große Veranstaltungen und Sportturniere dürften nicht stattfinden. Außerdem soll es kostenlose Sonnencreme-Spender in Parks, Schulen, an Stränden und Spielplätzen so-

wie bei Veranstaltungen geben. Das gleiche gilt für das Aufstellen von Trinkwasserspendern. Kommunen und Einrichtungen der Pflege, Gesundheitsversorgung sowie Jugendbetreuung sollen dazu verpflichtet werden, Maßnahmenpläne zu erarbeiten. Um besonders gefährdete Personengruppen sollen sich Betreuer zum Beispiel mit Anrufen und Besuchen kümmern. In Pflegeeinrichtungen ist die Unterstützung durch Freiwillige geplant, die beim Reichen von Getränken helfen sollen. Außerdem denkt man an die Schaffung digitaler Angebote und Roboter zur Entlastung des Pflegepersonals.

Das alles kostet Geld. Am teuersten wird aber die geforderte zentrale Koordinierungsstelle für das ganze Land, für die hauptamtliches Personal eingestellt werden müsste. Auch die Stärkung der Kompetenz der Bevölkerung zum Thema Hitzeschutz und die Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungen müssen bezahlt werden. Kostenschätzungen haben die Antragsteller noch nicht vorgelegt. Gestellt wurde der Antrag zum Ende der Kieler Woche nach einer länger andauernden Wärmeperiode. Ob diese den Abgeordneten schon zu Kopf gestiegen ist?

Wir meinen: Hitzeschutz ist wichtig, kann aber in Schleswig-Holstein getrost dem gesunden Menschenverstand überlassen bleiben!

Rainer Kersten

rainer.kersten@steuerzahler.de

Sie lesen in diesem Nord-Kurier

Norderstedt will im Kreis bleiben

Norderstedt gehört mit seinen 82.000 Einwohnern zum Kreis Segeberg. Damit ist man deutlich größer als die kreisfreie



Stadt Neumünster. Deshalb haben einige Stadtvertreter mit der Kreisfreiheit geliebäugelt. Ein Gutachten rät jetzt davon ab. Die Fraktionen der Ratsversammlung sind damit zufrieden, obwohl sie keine Neuigkeiten lesen können.

Bericht auf Seite 2

Klimafreundliches Tanken möglich

Wenn wir beim klimafreundlichen Autofahren Fortschritte erzielen wollen, müssen wir alle technischen Möglichkeiten nutzen. Dafür spricht sich unser heutiger Gastautor in seinem Beitrag aus. Dazu gehört nach seiner Auffassung auch die stärkere Förderung von eFuels für Verbrennungsmotoren. Diesel-Ersatz, der aus Pflanzenresten nahezu CO₂-neutral hergestellt wird, ist schon heute verfügbar.



Gastbeitrag auf Seite 3

Gutachten bestätigt bekannte Fakten

Norderstedt will nicht aus dem Kreis Segeberg ausscheiden

Die Stadt Norderstedt ist die größte Kommune im Kreis Segeberg. Seit langem liebt man sich mit einer Kreisfreiheit. Doch die wird teuer. Ein Gutachten rät deshalb davon ab, bestätigt aber nur bekannte Fakten.

Wer nicht mehr weiter weiß, gründet einen Arbeitskreis, heißt es im Volksmund. Politiker wählen oft auch gerne einen Gutachter, der ihnen das aufschreiben soll, was sie schon vorher wussten. Damit kann man sich dann hinter dem Expertenwissen verstecken. So muss man wohl auch das Gutachten beurteilen, das von einer Kreisfreiheit der Stadt Norderstedt abrä.

60.000 Euro haben die 48 Seiten gekostet, die ein Kommunalberater im Auftrag der Stadt zusammengeschrieben hat. Im Ergebnis liest sich nicht viel Neues: Als dann fünfte kreisfreie Stadt in Schleswig-Holstein (neben Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster) kämen zusätzliche Entscheidungsbezugnisse für die Stadtvertretung hinzu. Einer

Kreisfreiheit müssten jedoch eben auch der Kreis Segeberg und die Landesregierung zustimmen. Und hier sieht der Gutachter nur geringe Erfolgsaussichten. Denn aktuell trägt Norderstedt mit 42,2 Millionen Euro rund 38 Prozent der gesamten Kreisumlage des Kreises Segeberg. Ohne den Anteil Norderstedts wäre der Kreis also kaum finanziell handlungsfähig.

Auch das Land kassiert aus Norderstedt derzeit eine Finanzumlage von 4,6 Millionen Euro. Beide Werte sollen nach der aktuellen Finanzplanung deutlich steigen. Warum sollten Kreis und Land auf eine sol-

che sichere Einnahmequelle verzichten? Die Skepsis ist sicherlich berechtigt. Aber auch für die Stadt würde die Übernahme von Kreisfunktionen teuer werden. Nach der Kalkulation des Gutachters müssten 120 zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen werden, deren Gesamtaufwand bei etwa 10 Millionen Euro pro Jahr liegen würde. Gleichzeitig gäbe es zwar eine Entlastung in der Kreisverwaltung, diese wäre aber geringer als der zusätzliche Personalbedarf Norderstedts.

Die 120 zusätzliche Mitarbeiter in Norder-

tionen nicht ausreichend zur Verfügung gestellt habe. Der Kreis wiederum behauptet, dass von ihm angebotene Haushaltsunterlagen nicht abgerufen wurden. Klar ist, dass Segebergs Landrat Jan-Peter Schröder eine Kreisfreiheit Norderstedts nicht befürwortet. Vielmehr setzt er auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kreis. Eine zusätzliche Grenze würde manche Projekte im Verkehr, bei Schulen und Sozialleistungen erschweren.

Doch die Diskussion flammt gar nicht mehr heftig auf. Vielmehr scheint sich die

Stadtvertretung von Norderstedt mit der Gutachteraussage gut anfreunden zu können, anstelle einer Kreisfreiheit die vorhandene Kooperation im Rahmen des Modellversuchs große kreisangehörige Stadt auszuweiten. Norderstedts CDU-Fraktionschef Peter Rolle stellt dann auch klar, dass seine Partei das Kernthema Kreisfreiheit nicht weiterverfolgen werde. Und auch SPD-Fraktionschef Nicolai



Im Rathaus von Norderstedt hat man sich mit der Rolle als große kreisangehörige Stadt angefreundet.

Foto: © Norderstedt Marketing

stedt müssten auch untergebracht werden. Für zusätzliche Verwaltungsräume rechnet das Gutachten mit Investitionskosten von rund 125 Millionen Euro. Das größte Problem sieht der Gutachter aber darin, angesichts der angespannten Fachkräftesituation und der teilweise benötigten hohen Fachqualifikation die entsprechenden Mitarbeiter im Hamburger Randgebiet auch finden zu können.

Widersprüchliche Angaben gibt es zu der Grundlage der Gutachterberechnungen. So wird einerseits bemängelt, dass die Kreisverwaltung die gewünschten Informa-

Steinhau-Kühl sagt: „Ich hoffe, dass das Thema Kreisfreiheit nun für lange Zeit nicht mehr diskutiert wird.“ Da spielen die Ungenauigkeiten und Fragen zur Methodik des Gutachtens dann auch keine Rolle mehr, wenn das Ergebnis ohnehin dem vorher Erwarteten entspricht.

Wir meinen: Es ist gut, dass das Thema Kreisfreiheit für Norderstedt vom Tisch ist. Doch 60.000 Euro für 48 Seiten Gutachten hätte es dafür nicht gebraucht.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Wie wird klimafreundliches Autofahren in der Zukunft möglich?

Einige lehnen Autofahren und motorisierte Individualmobilität per se als klimaschädlich ab. Klimawandelleugner hingegen bestreiten den menschengemachten Klimawandel und dass der CO₂-Ausstoß des Verkehrssektors kritisch zu sehen ist. Andere denken bei klimafreundlichem Autofahren an E-Mobilität, die allerdings auch nicht unumstritten ist. Erst in den letzten Jahren ist eine Lösung verstärkt in den Fokus gerückt: Synthetische Kraftstoffe, so genannte eFuels.

Der Klimawandel ist ein globales Problem, das globale Lösungen erfordert. Und das kurzfristig, denn das Zeitfenster zur Begrenzung des Temperaturanstiegs schließt sich.

Gastbeitrag

Die Weltbevölkerung wächst – und damit einhergehend der weltweite Hunger nach Energie und Mobilität. Um den Einsatz klimaschädlicher fossiler Energien zu reduzieren, ist der Ausbau erneuerbarer Energien unerlässlich.

In Deutschland hat man in den letzten gut drei Jahrzehnten mit hohen Kosten schon Einiges erreicht. Gut 30.000 Wind- und über 2,6 Millionen Photovoltaikanlagen produzieren zurzeit erneuerbaren Strom. Das Problem dabei: Auf Strom entfällt aktuell nur rd. 21% des Endenergiebedarfs, der im letzten Jahr etwa zu einem Drittel mit Windkraft und Photovoltaik erzeugt wurde und ansonsten primär aus Kohle und Gas. Mit Wind und Sonne erzeugter Strom deckt aktuell damit gerade einmal gut 7% des deutschen Endenergiebedarfs. Nach Abschaltung der letzten AKW ist Deutschland Netto-Stromimporteur und weit davon entfernt, seinen Strombedarf nachhaltig zu decken. Und der Bedarf soll in den nächsten Jahren durch E-Autos und Wärmepumpen noch gewaltig ansteigen.

Die Crux dabei: Deutschland ist weder besonders sonnen-, noch windreich, dafür aber dicht besiedelt und hat als (Noch-) Industrieland einen hohen Energiebedarf. Das sind schlechte Voraussetzungen, um sich als Land energieautark mit grünem Strom

zu versorgen. Global betrachtet ist eine nachhaltige Deckung des Energiebedarfs grundsätzlich kein Problem: Die Sonne liefert in nur drei Stunden den Jahresenergiebedarf der gesamten Weltbevölkerung. Allerdings scheint die Sonne und weht der Wind insbesondere in Weltregionen wie Afrika, Südamerika oder Australien, die weit von Europa entfernt liegen. Dass der Transport per Hochleistungs-Übertragungstrassen nicht gerade trivial ist, zeigt schon der seit Jahren kaum vorankommende Netzausbau von Nord- nach Süddeutschland, über eine Entfernung von wenigen hundert Kilometern. Und selbst wenn der Transport funktionierte: Die Reichweite der Stromspeicherkapazitäten beträgt in Deutschland bis heute weniger als eine Stunde!

Ein naheliegender Lösungsansatz ist die Verflüssigung von in geeigneten Weltregionen günstig produziertem Grünstrom zu eFuels. Diese kann man mit herkömmlichen Tankschiffen transportieren und über vorhandene Infrastruktur weiterverarbeiten und -verteilen. Mit eFuels, deren Verbrauch in Reinform exakt so viel CO₂ freisetzt wie für ihre Produktion der Atmosphäre entnommen wurde, können sämtliche Verbrennungsmotoren in Autos, Zweirädern, Schiffen, Zügen und Flugzeugen klimaneutral betrieben werden. Weltweit sind das mehrere Milliarden Motoren, die sich ohne technische Änderungen noch lange nutzen lassen.

Für die Schaffung ausreichender Produktionskapazitäten ist Planungs- bzw. Investitionssicherheit durch politische Weichenstellungen notwendig. Technologieoffenheit und klare Zielvorgaben sind hier anstelle von Verboten und einseitiger Festlegungen gefordert. Bereits verfügbar und in weiten Teilen der Welt genutzt sind synthetische Dieselmotoren aus organischen Reststoffen, sogenannte HVO. Diese ermöglichen eine Reduktion der CO₂-Neuemissionen um bis zu 90% gegenüber herkömmlichem Dieselmotoren.

Für Steuerzahler ist bei allen ökologischen Vorteilen synthetischer Kraftstoffe auch der fiskalische Aspekt interessant: Die Mineralölsteuer trägt ein Vielfaches der



Axel Niesing (Foto), Autor unseres heutigen Gastbeitrages, ist geschäftsführender Gesellschafter der Anton Willer GmbH & Co. KG in Kiel, Mitglied im Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein seit 1963. Das Unternehmen Anton Willer betreibt seit 1934 Tankstellen in Norddeutschland, derzeit sind es 33 unter verschiedenen Marken. Am Firmensitz in der Kieler Gutenbergstraße gibt es auch die Möglichkeit, HOV aus Pflanzenabfällen zu tanken. Seit 2019 betätigt sich das Unternehmen im Waldschutz. Pro Kubikmeter Kraftstoffabsatz wird auf eigenen Flächen in den Hüttener Bergen ein Quadratmeter Wald neu angepflanzt. Als Partner unterstützt dieses der Fußballverein Holstein Kiel, der für jedes geschossene Tor in der 2. Bundesliga 11 Bäume im Willerwald stiftet.

Stromsteuer zum Haushalt bei. An der weltweit im Bereich Verbrennungsmotoren führenden deutschen Automobilindustrie nebst Zulieferern hängen Millionen gut bezahlte Jobs und Milliarden von Steuereinnahmen. Bei der vom Fiskus massiv subventionierten Elektromobilität droht hingegen eine Abhängigkeit von China, das nicht nur technologisch führend ist, sondern auch einen Großteil der benötigten Rohstoffe kontrolliert und mit billigem Kohlestrom und günstigen Arbeitskräften alle Trümpfe in der Hand hat.

Weitere Informationen:

www.efuels-forum.de

www.efuels.de

www.efuel-today.com

www.efuel-alliance.eu

www.klima-kraftstoffe.de

Blick durch das Land

Der plattdeutsche Heimatschriftsteller Fritz Reuter hat es so herrlich auf den Punkt gebracht: „Nimm Di nix vör, dann sleiht Di nix fehl!“ Das bedeutet sinngemäß ins Hochdeutsche übersetzt: „Wer nichts macht, macht auch keine Fehler!“

Das könnte auch das Motto vieler Regierungspolitiker in Berlin und Kiel sein. Weder Bundeskanzler Olaf Scholz noch Landesministerpräsident Daniel Günther fallen durch politische Vorschläge oder Initiativen auf. Von Entscheidungen wollen wir gar nicht erst reden. Wenn überhaupt, gibt es eine Berichterstattung über Auftritte in der Öffentlichkeit, die mit der Politik rein gar nichts zu tun haben. Da scheint das Liedgut im Bayernzelt der Kieler Woche wichtiger als die verkehrspolitische Anbindung des „echten“ Nordens.

Wenn man davon ausgeht, dass es das wichtigste Ziel von Politikern ist, wieder gewählt zu werden, dann muss man zugeben, dass die Fritz Reuter-Empfehlung gar keine schlechte Idee ist. Zumindest die Oppositionsfraktionen im Berliner Bundestag und im Kieler Landtag mühen sich vergeblich ab, bei den Regierenden Angriffspunkte für Kritik zu finden. Und Angela Merkel hat 16 Jahre lang vorgemacht, wie man ohne große Aktivitäten erfolgreich im Amt bleibt.

Doch die Zeit von Frieden in Europa, boomender Konjunktur, geringen Zinsen und hohen Staatseinnahmen ist vorbei. Schönwetter-Kapitäne sind nicht mehr gefragt. Wer sein Schiff durch schwere See steuern will, muss klare Entscheidungen treffen und zupacken können.

Nun ist es ja aber auch nicht so, dass gar keiner in den Regierungen etwas anpackt. Die führungslose Zeit nutzen einige Minister, um sich zu profilieren oder ihre Lieblingsprojekte mehr oder weniger geräusch-



los durchzusetzen. In Berlin wird völlig undurchschaubar an einem Heizungsgesetz gebastelt, von dem nur klar ist, dass

die Wohnkosten für einige unbezahlbar werden. Festhalten will man auch am Verbot von Verbrennungsmotoren, obwohl es weder mit dem Ausbau regenerativer Energien vorangeht, noch andere Alternativen zur Verfügung stehen. Die Pläne für Rente, Pflege, Gesundheitsversorgung und Kindergrundsicherung sind weder finanzierbar noch angesichts des Fachkräftemangels praktisch umsetzbar.

In Schleswig-Holstein sieht es nicht besser aus: Hier wird an einem Konzept für den Nationalpark Ostsee gebastelt, das absehbar zur Existenzbedrohung für viele Fischerei- und Tourismusunternehmen wird. Man hofft auf große Industrieansiedlungen, will diese aber offenbar ohne Verkehrsanbindung arbeiten lassen. Überhaupt soll der Verkehr künftig vorwiegend durch zusätzliche Bus- und Bahnverbindungen sichergestellt werden, obwohl es schon für die heute bestehenden Fahrpläne nicht genug Personal gibt. Geld ist für die geplanten zusätzlichen Verbindungen auch keins da. Das wird lieber für zusätzliche hochbezahlte Ministerialbeamte und die Rücklagen der Landtagsfraktionen ausgegeben. Für die versprochene Energiewende setzt die Landesregierung auf zusätzliche Flächen für Wind- und Solaranlagen, dabei kann schon der heute produzierte Strom nicht in die Übertragungsnetze abgegeben werden. Lösungsvorschläge gibt es von der Politik für keines dieser Probleme. Aber Ankündigungen, dass man Vorreiter sein will bei Klima- und Verkehrswende. In Schleswig-Holstein soll alles noch schneller umgesetzt werden, als von Bund und EU gefordert. Doch wenn man den Ankündigungen auch Taten folgen lassen wollte, müsste man ja etwas entscheiden und dem einen oder anderen dabei möglicherweise auf die Füße treten.

Schwarzbuch in Vorbereitung

In Vorbereitung befindet sich bereits unser diesjähriges Schwarzbuch. Wie die anderen Landesverbände auch, haben wir Verschwendungsfälle aus Schleswig-Holstein aus den letzten zwölf Monaten zusammengetragen und für die Veröffentlichung aufbereitet. Es findet sich wieder die ganze Bandbreite von Pleiten, Pech und Pannen. Veröffentlicht wird das Schwarzbuch in diesem Jahr am 17. Oktober mit Pressekonferenzen in Berlin und Kiel. Wer sich schon heute ein druckfrisches Exemplar reservieren lassen möchte, kann sich gerne an unsere Geschäftsstelle in Kiel wenden.

Krankheitskosten richtig absetzen

Die Kosten für die eigene Gesundheit können sehr hoch werden. Das gilt nicht nur für chronisch Kranke. Nicht alle Aufwendungen, die zur Heilung oder zur Linderung einer Krankheit beitragen, werden auch von der Krankenkasse oder anderweitig ersetzt. Unter bestimmten Voraussetzungen können diese Aufwendungen von der Steuer abgesetzt werden. Doch dabei gibt es einiges zu beachten.

In unserer neuen Informationsbroschüre „Absetzbarkeit von Krankheitskosten“ erklären wir kurz und knapp, welche Kosten unter welchen Voraussetzungen absetzbar sind und wie Sie die entsprechenden Nachweise gegenüber dem Finanzamt vorlegen können. Mitglieder erhalten die Broschüre kostenlos beim:

Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein
Lornsenstraße 48, 24105 Kiel,
Tel. 0431/990165-0, Fax 0431/990165-11
Schleswig-holstein@steuerzahler.de



Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., www.steuerzahler-sh.de

Redaktion: Rainer Kersten, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel, Tel. 04 31/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

Verantwortlich: Roger H. Müller, Rainer Kersten

Erscheinungsweise: 10 x jährlich als Beilage von Der Steuerzahler

Auflage: 7.000, 52. Jahrgang, 9/2023

Anzeigenverwaltung: Nord-Kurier Verlag u. Werbegesellschaft mbH, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Satz: LINE Media Agentur, Mail: info@linemedia.de

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel